

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte

## Schlüsselergebnisse von 1946 bis 1988

### Band 9

## Das Märchen von Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und historischer Wahrheit ...

Band 9/113

### Das Schicksal der deutschen Vertriebenen (1950-2016), Teil 1

Ich hatte keinen Frieden, keine Rast, keine Ruhe, da kam schon wieder ein Ungemach!  
*Hiob 3, 26*

Waldemar Kraft (1898-1977), Theodor Oberländer (1905-1998) und weitere Anhänger der deutschen Vertriebenenorganisationen gründeten am 8. Januar 1950 in Kiel die Blockpartei der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), um vor allem die Interessen der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen zu vertreten.

Walter Müller-Bringmann berichtete am 4. März 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/106-110): >>4. März 1950. Die Menschlichkeit hat gestern wieder einmal an der Zonengrenze einen Sieg errungen. ...

Nach den zwischen Polen, der Tschechoslowakei und den westlichen Besatzungsmächten getroffenen Vereinbarungen sollen zunächst weitere 45.000 Deutsche, die noch in diesen Ländern wohnen und Angehörige in Westdeutschland haben, nach hier umgesiedelt werden. Gestern traf der erste Transport Männer, Frauen und Kinder auf dem noch im sowjetischen Besatzungsgebiet liegenden Bahnhof Arenshausen ein. ... Aber der britische Hohe Kommissar, General Robertson, wollte plötzlich nicht mehr.

... Die Engländer und Amerikaner wollen damit verhindern, daß Menschen in ihre Gebiete abgeschoben werden, die man in den bisherigen Ländern offenbar nicht "gebrauchen kann". Außerdem soll diese Umsiedlungsaktion, so heißt es in den Kommentaren der Alliierten, nicht dazu benutzt werden, um alle Deutschen ostwärts der Oder-Neiße-Linie auszuweisen. Sondern man will nur diejenigen Deutschen im Westen aufnehmen, die Verwandte hier haben und für die auch ein Unterkommen garantiert ist. ...

Währenddessen warteten auf dem Bahnhof Arenshausen, nur wenige Kilometer von Friedland entfernt, aber durch 2 Schlagbäume mitten in Deutschland schlimmer als durch eine internationale Grenze getrennt, die vielen, von der langen Fahrt übermüdeten Menschen, froren, bangten, hofften. Wird man uns aufnehmen? Dürfen wir in den Westen? Geben die Briten nach? Oder müssen wir wieder zurück? ...

Auf der westlichen Seite wurde weiter beratschlagt. Der niedersächsische Flüchtlingsminister, Pastor Albertz, fuhr an die Grenze, verhandelte am Schlagbaum mit den britischen Offizieren, versuchte sie umzustimmen, appellierte an die Vernunft und die Menschlichkeit. Er erklärte, daß es keinem Deutschen verwehrt werden könne, nach Deutschland zu wollen. ...

Seit dem frühen Morgen warteten Friedländer Omnibusse darauf, endlich nach Arenshausen fahren zu können. Jetzt fuhren sie einfach los. Entgegen der Anweisung. Ohne Befehl. Und dann kamen sie wieder zurück. Mit den ersten Umsiedlern. ...

Die da ankamen, zu Fuß das Niemandsland zwischen den Schlagbäumen durchschreiten mußten, während die Omnibusse das umfangreiche Gepäck brachten, waren Deutsche. ...

Aber sie hatten seit langer Zeit "offiziell" nicht mehr in ihrer Muttersprache gesprochen. Es kamen Kinder an der Hand der Eltern, die nicht ein Wort deutsch verstanden und von der Heilsarmee verschenkte Apfelsinen für "schöne bunte Kartoffeln" hielten. Die Mütter mußten übersetzen. Es war erschütternd ...

Wie eng waren Glück und Schmerz gestern beisammen. Einer der Männer des Transportes hatte seit mehr als 4 Jahren zum letzten Mal etwas von seinen Angehörigen vernommen. Kaum einige Stunden im Lager, hielt er vor Rührung weinend die genauen Adressen in Händen ... Nicht mehr lange, dann war er wieder bei der Familie.

Zu sehr gefreut hatte sich der alte Herr, der kurze Zeit nach dem Überschreiten der Zonengrenze tot zusammenbrach. Die Aufregungen der letzten Wochen waren zu viel für ihn. Vergebens wird irgendwo im Westen jemand warten. Dieser alte Mann hat ausgelitten. Für die letzte Ruhestätte braucht niemand eine Einreisegenehmigung. Der Flüchtlingsfriedhof beim Lager Friedland wird ihn aufnehmen.

Nach einer Mitteilung der Lagerleitung sind diesem ersten Transport aus Polen auffällig viele alte und alleinstehende Leute angegliedert worden. Facharbeiter hält man gern zurück. ...

... 35 % der Kinder leiden an schweren Mangelschäden, mindestens 5 % an schwerer Dystrophie. Bei 58 Männern und Frauen wurden Herz- und Lungenerkrankungen festgestellt. ...

Im übrigen wurden sämtliche Umsiedler in "Fälle" aufgeteilt. ... "A-Fälle" sind solche Leute, die beim Ehepartner oder Verwandten gerader Linie Aufnahme und Unterkunft finden können. Zu "B-Fällen" werden Umsiedler gezählt, die bei Verwandten einen Unterschlupf erhalten. Schlechter sind die "C-Fälle" dran. Sie haben niemanden hier in den Westzonen oder wissen nicht, wo ihre Verwandten oder Familien leben. Diese Umsiedler müssen "irgendwo eingewiesen werden".

Wie man hört, werden Hamburg und Schleswig-Holstein keine B- und C-Fälle aufnehmen. Denn alle westdeutschen Bundesländer haben Vertreter nach Friedland geschickt, die die Umsiedler "übernehmen" sollen. ...<<

Der Deutsche Bundestag beschloß am 4. Mai 1950, weitere 900.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in andere westdeutsche Länder umzusiedeln (x182/218).

Im sog. Görlitzer Abkommen erklärten Polen und die DDR am 6. Juni 1950 die Oder-Neiße-Linie zur unantastbaren und endgültigen Grenze (x155/63).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Oder-Neiße-Linie" (x009/313): >>Die Demarkationslinie zwischen der SBZ und den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten verläuft von der Ostsee unmittelbar westlich Swinemünde an der Oder entlang bis zur Mündung der Lausitzer Neiße und folgt dem Lauf der Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze.

Im Februar 1945 wurde auf der Krim-Konferenz von Roosevelt, Churchill und Stalin eine Entschädigung Polens für die von der Sowjetunion annektierten polnischen Ostgebiete auf Kosten Deutschlands anerkannt, ohne das Vereinbarungen über den Umfang des Gebietes getroffen worden wären.

Nach Abschnitt IX des Potsdamer Abkommens wurde die diesbezügliche Meinung der Provisorischen Polnischen Regierung lediglich "geprüft", doch "bekräftigten die Häupter der 3 Regierungen die Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden solle". Ferner ergab die Potsdamer Konferenz darin Übereinstimmung, daß die in Frage stehenden deutschen Gebiete "unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen".

In der Folgezeit wurde von seiten der Westmächte bei jedem diplomatischen Anlaß der vorläufige Charakter der Oder-Neiße-Linie betont, während Polen und die Sowjetunion die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens als endgültige Regelung betrachteten.

Polen paßte den Verwaltungs- und Wirtschaftsaufbau den polnischen Verhältnissen an und begann mit einer (bis heute allerdings erst teilweise durchgeführten) polnischen Besiedlung der deutschen Gebiete.

Die Haltung der SED wandelte sich gegenüber der Oder-Neiße-Linie im Laufe der Zeit nach den sowjetischen Wünschen bis zur Anerkennung als endgültige "Staatsgrenze".<<

Die Bundesregierung erklärte am 9. Juni 1950, daß die Regierung der SBZ kein Recht besitzen würde, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen.

Der deutsche Historiker Georg Bluhm berichtete später über das Görlitzer Abkommen (x125/-112): >>In der Rechtstheorie gilt diese Anerkennung als wirkungslos: die Versuche, die staatsrechtliche Situation Deutschlands in seiner gegenwärtigen Gespaltenheit rechtstheoretisch zu erfassen, ergeben, je nach dem zugrunde liegenden Staatsbegriff, entweder eine Kontinuität oder eine Diskontinuität der deutschen Staatlichkeit über die Zeit hinweg, da die deutsche Staatsgewalt suspendiert war und als "oberste Gewalt" von den Besatzungsmächten ausgeübt wurde.

Nach der Kontinuitätstheorie kann entweder die Bundesrepublik als identisch mit dem ehemaligen Deutschen Reich angesehen werden auf Grund der hier praktizierten Selbstbestimmung der Deutschen, dann ist die gewaltsam separierte DDR auch für Territorialfragen nicht zuständig.

Oder unter dem "fortexistierenden Reichsdach" bestehen zwei Teilstaaten – Bundesrepublik und DDR, dann kann "ein Teilgebilde nicht auf ein nur dem Gesamtstaat zustehendes Recht verzichten".

Oder die Rechtstheorie hält die deutsche Staatlichkeit für im Jahre 1945 – oder 1949 - untergegangen (Diskontinuitätstheorie oder Zwei-Staaten-Theorie). Diese Theorie gilt zur Zeit im Ostblock und im Selbstverständnis der DDR, die sich als einen neuen Staat betrachtet. Jedoch "dann kann sie nur in ihren heutigen Grenzen entstanden sein, so daß sie die Ostgebiete weder einschloß noch zu Recht beanspruchen konnte. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete im Juli 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/110-112): >>... Wer behauptet, daß in unseren Breiten im "fortschrittlichen" 20. Jahrhundert der Handel mit Menschen verboten sei, muß sich irren. Denn ich habe heute mit eigenen Augen gesehen, wie Menschen verschachert wurden. Allerdings nicht gegen bares Geld, das von einer schmutzigen Hand in die andere wandert, sondern ich erlebte die wertmäßige Abschätzung der Menschen, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind und doch zunächst die manchmal überhohe Barriere der sog. Ländervertreter überspringen müssen. ...

Männer, vor allem junge Männer, die arbeiten können oder noch im Besitz ihrer Kräfte sind, haben kaum Schwierigkeiten, von einem Land die "Einreisegenehmigung" zu erhalten. Aber wenn es dann bereits um Familien geht, die ja mehr Wohnraum beanspruchen, oder wenn kein verdienendes Familienmitglied mehr vorhanden ist, sondern es sich vielleicht um alte Leute oder um Schwache oder Kranke handelt - um Arbeitsunfähige also - dann geht das Feilschen und Handeln los.

Dann beginnt der Krieg gegen die Menschen, die vor den Barrieren der Vertreter stehen. Dann fängt der Kampf mit den Behörden an. Denn jedes Land möchte sich vor diesem Flüchtlingsansturm schützen, so wenig wie möglich Leute aufnehmen und die öffentlichen Kassen in Form von Unterstützungen mancherlei Art nicht noch mehr belasten.

Und dann stehen in dieser jämmerlichen Wellblechbaracke die eingeschüchterten, seelisch und körperlich mitgenommenen, unsicheren, bangenden, hoffenden, oft genug aber verzweifelten Menschen, die aus dem Osten unseres Vaterlandes oder aus anderen Gebieten Europas

und auch aus Übersee hierher getrieben wurden ...

Männer, auch mit Familien, die Berufe haben wie Schlosser, Klempner oder andere Handwerker, sind besser dran. Aber zum Beispiel die Geistesarbeiter – für die ist es viel schwerer, irgendwo unterzukommen.

Und wenn man sich dann wieder einmal über ein Häuflein Menschen, die zu einer Familie gehören, die nicht auseinander möchte, nicht einigen konnte, und der "Fall" zurückgestellt wurde, dann kommen die armen geplagten, gequälten und geprüften Leute zu mir, und ich soll ihnen helfen. Obwohl ich es nicht kann.

Aber ich spreche dann doch mit diesem und jenem, und dann gelingt es auch meistens, die Familie irgendwie auf eine Liste zu schmuggeln.

Ist es nicht scheußlich, in unserer Zeit einen offiziell nicht nur gestatteten, sondern sogar eingesetzten "Handelsbetrieb mit Menschen" täglich beobachten zu müssen und auch Hilfsdienste dafür zu leisten?

Als ich in der Baracke war, wurde gerade der Fall der Witwe S. mit ihren 2 Kindern, Flüchtlinge aus dem Osten, behandelt. Sie befand sich bereits über 3 Wochen im Lager, hatte alles in Bewegung gesetzt, um mit einem der Züge in die neue, immer noch so ferne und doch so nahe Heimat zu kommen und stand nun vor denen, die über ihr ferneres Schicksal entscheiden sollten.

Die Gesichter der Beamten ... verrieten nicht mit einer Miene, was sie dachten.

Niemand sagte ein Wort. Nicht Nordrhein-Westfalen. Nicht Hessen. Nicht Niedersachsen - keiner wollte die Frau und ihre 2 Kinder.

Mag es daran gelegen haben, daß die Mutter wie verzweifelt von einem zum anderen sah und ihr Blick durch Zufall auf dem niedersächsischen Vertreter hängen blieb. ...

Jedenfalls, nach einer eisigen, unheimlichen Stille, die jedermann als unwirklich empfand, sagte der Behördenvertreter Niedersachsens: "Ich übernehme Sie."

Den dankbaren Blick dieser Frau kann man nicht vergessen. Sie nahm ihre beiden Kinder wieder an die Hand, ging zur Barackentür, drehte sich noch einmal um und sagte dann: "Danke."

"Danke" - wofür eigentlich? ...<<

Zur Erinnerung an das verhängnisvolle "Potsdamer Abkommen" veranstalteten die deutschen Vertriebenen am 5. August 1950 zum ersten Mal im gesamten Bundesgebiet den "Tag der Heimat".

Während dieser ersten gemeinsamen Großkundgebung der Vertriebenenorganisationen verkündete man in Stuttgart vor etwa 150.000 Vertriebenen die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (x161/15): >>Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis, im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgaben aller europäischen Völker haben wir, die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen, nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens beschlossen, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenüber eine feierliche Erklärung abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas ansehen.

1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrhundert über die Menschheit gebracht hat.

2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.

3. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands

und Europas.

Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Welt. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen, bedeutet, ihn im Geiste zu töten.

Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.

Solange dieses Recht für uns nicht verwirklicht ist, wollen wir aber nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseite stehen, sondern in neuen, geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken.

Darum fordern und verlangen wir heute wie gestern:

1. Gleiches Recht als Staatsbürger, nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in Wirklichkeit des Alltags.
2. Gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk und eine ehrliche Durchführung dieses Grundsatzes.
3. Sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des deutschen Volkes.
4. Tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas.

Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.

Die Völker sollen handeln, wie es ihren christlichen Pflichten und ihrem Gewissen entspricht. Die Völker müssen erkennen, daß das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen, wie aller Flüchtlinge, ein Weltproblem ist, dessen Lösung sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert.

Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 12. November 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/114): >>12. November 1950. Aus Italien trafen 21 Frauen, 15 Kinder und 11 Männer ein, die bisher in einem großen Internierungslager bei Rom festgehalten wurden. Die Deutschen beklagen sich über schlechte Behandlung und minderwertiges Essen. Dafür durften sie als Elendsstatisten in einem Film mitwirken, den der italienische Regisseur Rossellini drehte. ... Der Filmstar Ingrid Bergmann verschenkte Schokolade an die Kinder.

Auch Deutsche aus Spanien kamen zurück. Außerdem aus vielen Ländern des ganzen Erdballs.

Friedland nimmt sie alle auf.<<

"Bild-Extra" berichtete am 17. November 1950 über den Prozeß gegen Rudolf Pleil (x305/-11): >>**Der Massenmörder von der Zonengrenze**

"Erst hab' ich sie mit dem Hammer umgehauen, dann habe ich sie bearbeitet."

Lächelnd gesteht Rudolf Pleil im sogenannten "Braunschweiger Prozeß" zahlreiche Morde. Der Mann, der sich selbst als "Totmacher" bezeichnet, hat 1946/47 im Grenzgebiet zwischen Ost- und Westdeutschland mindestens 11 Flüchtlinge (meist) Frauen erschlagen und anschließend ausgeraubt.

Pleil selbst prahlt von 40 Morden, ist beleidigt als Ärzte und Richter ihm dies nicht glauben wollen. Zum Beweis, daß er "gut und schnell totmachen kann", nennt er Orte, an denen man weibliche Leichen findet. Pleil wird zu lebenslanger Haft verurteilt. ...<<

Der Massenmörder erhängte sich schließlich am 17. Februar 1958 in seiner Zelle.

Walter Müller-Bringmann berichtete am 26. November 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/114-117): >>26. November 1950. Es gibt viele Kinder in Friedland, Kinder,

die bisher das Leben nur in der Sicht irgendeines Lagers kennen. Kinder, die nicht deutsch sprechen. Kinder, die weder schreiben noch lesen können.

... Deshalb gründete Friedland einen Kindergarten und auch eine Lagerschule. ...

Für die größeren ist die Lagerschule eingerichtet worden. Der Lehrer hat es nicht leicht, denn die da vor ihm sitzen, Kinder vom 5. bis 14. Lebensjahr, haben die unterschiedlichste Schulbildung hinter sich, können oft kaum schreiben, noch schlechter lesen, manchmal auch überhaupt nicht deutsch. ...

Hier heißt es, ganz von vorn anfangen. Mit dem Nachsprechen von Worten der einfachen Umgangssprache beginnt es, dann kommen die Buchstaben an die Reihe ... und alle soll so ein 12jähriger, der noch nie eine deutsche Schule sah, nicht nur auswendig lernen, sondern auch schreiben können. Aber sie sind alle dabei, Bruno, Fritz und Günther, sie wollen deutsch lernen, denn, das haben ihnen die Eltern gesagt: Deutschland ist ihre Heimat. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 31. Dezember 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/117): >>31. Dezember 1950. Über 400 Deutsche aus China trafen überraschend zum Jahresende in Friedland ein. Es sind in der Mehrzahl Kaufleute, die seit vielen Jahren mit ihren Familien in China lebten und nun ausgewiesen wurden.

Sie haben alles verloren, besitzen nichts als den Anzug auf dem Leibe, das Kleid, den Mantel. Und doch habe ich kaum jemand gefunden, der mutlos war. Man wird sehen. Man wird von vorn anfangen. Irgendwo in Deutschland. ... Keiner ließ sich gehen. So, als gehöre sich das nicht.<<

Nach einer Flüchtlings-Sondererhebung lebten am 31. Dezember 1950 in Schleswig-Holstein noch etwa 14,5 % der Vertriebenen in behelfsmäßigen Massenunterkünften (x153/25).

Der CDU-Politiker Hans Lukaschek (1885-1960, 1949-53 Minister für Vertriebene) beauftragte im Jahre 1950 bekannte deutsche Historiker, die Flucht und Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen wahrheitsgemäß und ausführlich für die Nachwelt aufzuarbeiten.

Am 27. Januar 1951 wurde die Blockpartei der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) auf Bundesebene gegründet, so daß eine eigenständige überregionale Partei der deutschen Vertriebenen entstand.

Dr. Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) erklärte am 8. Februar 1951 während einer Verteidigungsdebatte des Deutschen Bundestages (x155/29): >>... Bei der Frage, die wir in diesen Tagen hier behandeln und die wir in einigen Monaten zu entscheiden haben werden, spielt die Hauptrolle die Gefahr aus dem Osten. ...

Ich glaube, daß die aus dem Osten vertriebene Bevölkerung der Bundesrepublik dabei ein Wort mitzusprechen hat. Schon die Tatsache, daß 15 Millionen Deutsche aus ihrer angestammten Heimat vertrieben worden sind, zeigt eindeutig die Größe und Furchtbarkeit dieser Gefahr.

Von diesen 15 Millionen sind nur 12 Millionen wieder zum Vorschein gekommen. 3 Millionen sind verschleppt, verhungert, ermordet worden; allein eine Million bei der Vertreibung. Jede deutsche Frau, die in die Hände der Russen gefallen ist, ist geschändet worden. Selbst Priestermord in großem Umfang ist begangen worden.

Ich halte es für erforderlich, das einmal auch bei dieser Gelegenheit ganz offen auszusprechen; denn es ist doch wohl so, daß die Größe dieser Gefahr bei uns in der Bundesrepublik – und ganz besonders gilt das auch für Frankreich - noch immer nicht erkannt worden ist. ...<<

Am 8. April 1951 wurde der Jugendbund "Deutsche Jugend des Ostens" (DJO) gegründet. Diesen Jugendbund bezichtigte man seit Ende der 60er Jahre regelmäßig des Revanchismus und der Rechtsradikalität.

Walter Müller-Bringmann berichtete am 30. April 1951 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/117-118): >>Während sich in einigen Teilen Deutschlands ein etwas stürmischer

Wirtschaftsaufschwung bemerkbar macht, während viele Menschen sich ganz der unaufhörlichen Jagd nach der D-Mark ergeben haben, während eine Sucht nach dem Amüsement ausgebrochen ist und eine vordergründige Scheinwohlhabenheit vorgetäuscht wird - während das Leben wieder so einigermaßen normal zu werden scheint, ist in Friedland die Zeit stehengeblieben. Hier, in der Barackenstadt, hat sich nichts verändert. ...

Jeder Tag schwemmte Menschen nach Friedland. ... Die "Operation Link" führte bis zum April 43.879 Menschen nach Friedland. Dazu kamen 10.147 Deutsche aus dem Ausland. Gestern trafen 33 Kinder aus Jugoslawien ein. Kinder, die ihre Eltern oder nächsten Verwandten in Westdeutschland haben. Alle sprachen perfekt serbisch, die überwiegende Zahl jedoch nicht ein Wort ihrer Muttersprache. Viele konnten auch kyrillische Schriftzeichen malen. Jedem, der es mochte, führten sie ihre Schreibkenntnisse mit kindlichem Stolz vor.

Mit dem Gesundheitszustand dieser deutschen Kinder aus Jugoslawien ist der Lagerarzt sehr zufrieden. Alle waren in staatlichen Kinderheimen untergebracht, offenbar an Ordnung gewohnt, gut erzogen und auch einigermaßen in Kleidung. In Friedland waren sie wohlgenut und fröhlich.

Das große Problem hat jedes dieser Kinder noch vor sich. Es ist das Problem des Zurechtfindens in den neuen Verhältnissen. Was haben sie alles nachzuholen, Sprechen, Lesen, Schreibenlernen, sich in eine Familie einfügen und auch bereits auf einen Beruf vorbereiten. Denn es gibt 14jährige darunter, deren Eltern sich bald um eine Lehrstelle kümmern müssen. Aber welcher Meister nimmt einen Jungen, der nicht diese elementarsten Voraussetzungen mitbringt? ...<<

Die Bundesregierung beschloß am 22. Mai 1951, weitere 300.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in andere westdeutsche Länder umzusiedeln, um die Gemeinden zu entlasten und die Eingliederung der Vertriebenen zu fördern (x182/218).

Walter Müller-Bringmann berichtete am 15. Mai 1952 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/120-123): >>Mitte Mai 1952. Über sechzig Gräber zählt nun bereits der Flüchtlingsfriedhof, ein schmaler Streifen Land, unmittelbar neben dem Friedhof der Gemeinde gelegen, Hier liegen sie begraben, alte Menschen und Kinder, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Vertriebene. Auf Friedland hatten sie ihre Hoffnungen gesetzt, alle Kräfte wurden noch einmal zusammengerafft, um diesen Ort zu erreichen. Friedland wurde ihnen zur letzten Ruhestätte.

Grab reiht sich an Grab. Schlichte Holzkreuze künden davon, daß hier Menschen von der großen Erdenwanderung ausruhen. Namen sind eingeritzt, die nach der ostdeutschen Heimat klingen. ...

Doch wie verdüsterte sich das Bild, als ich dann in den Grabreihen stand und die Inschrift auf einem der Holzkreuze las: "Hier liegt eine unbekannte alte Frau." Nichts weiter. ...

Nicht einmal der Namen der Toten wurde der Nachwelt überliefert. Irgendwo haben Verwandte gebangt und gehofft, haben gesucht und gefragt – aber niemals wird eine Antwort eintreffen. Niemals wird diese Familie erfahren, wo die Mutter oder Großmutter blieb. Sie ruht unbekannt, ohne Namen, in Friedland.

Ich ging langsam weiter. ...

Da stand wieder auf einem Holzkreuz: "Unbekannte weibliche Leiche". Dort: "Hier liegt eine unbekannte Frau".

Sie liegen hier in der Reihe, so wie sie über den Streifen des Niemandlandes kamen, ein kleines Holzkreuz mit weißer Schrift sagt dem nachdenklichen Besucher, daß hier Menschen ruhen, die der Krieg noch schlug, als die "Feindseligkeiten" eigentlich schon längst vorbei waren.

Ich sah noch einmal die Reihen entlang, sah Kreuz an Kreuz und nahm die Ruhe und den

Frieden dieses Todesackers in mich auf ...

Vor allem kleine Kinder und ältere Leute starben in Friedland. Sie konnten nicht mehr weiter, waren durch Flucht und Strapazen völlig ausgepumpt, überanstrengt, überfordert.

Sie blieben hier. ...<<

Um die großen wirtschaftlichen Probleme der Vertriebenen zu lösen, wurde am 17. August 1952 das sog. Lastenausgleichsgesetz erlassen. Wegen ungelöster Finanzierungsprobleme erfolgte die Auszahlung der Hauptentschädigungen jedoch erst ab 1959.

Walter Müller-Bringmann berichtete am 3. Juni 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/127-128): >>3. Juni 1953 ... Friedland ist schöner geworden. Wenn der Ausdruck "schön" für ein Lager überhaupt gebraucht werden kann.

Aber Lagerleiter Dr. Freßen hat es durchgesetzt, daß endlich die alten Nissenhütten zum großen Teil verschwinden und Holzbaracken an deren Stelle treten. Wege werden angelegt oder befestigt, Grünflächen geschaffen und Bänke mit Sonnenschirmen aufgestellt, Kinderspielplätze warten auf kleine Besucher und an allen Ecken und Enden wurde und wird gestrichen.

...

Aber die Um- und Neubauten deuten auch darauf hin, daß dieses Lager weiter bestehen wird. Noch lange. Denn es warten noch so viele Deutsche ... darauf, heimkehren zu dürfen. ...

"Fliehen müssen und sich heimatlos fühlen ist das schlimmste Los, das einem Menschen zuteil werden kann", sagte gestern Lagerpfarrer Krahe.

"Es ist ein Verbrechen gegen das Naturrecht, Menschen die Heimat zu nehmen, sie einfach davonzujagen, sie für vogelfrei zu erklären. Kein Mensch dieser Erde hat das Recht, einem anderen die Heimat streitig zu machen und ihn mit Gewalt von seiner Scholle zu vertreiben."

...<<

Die Landsmannschaft Westpreußen veranstaltete vom 25. bis zum 26. Juli 1953 in Hannover ihr Bundestreffen (x155/42): >>... 8 Jahre nach dem verhängnisvollsten Kriege sind Europa und die Welt nicht zur Ruhe gekommen, weil eines der grundlegenden Menschenrechte, das angeborene Recht auf Heimat, nach wie vor verletzt wird. ...

Westpreußen, seit über 700 Jahren deutscher Kulturboden, kann die Brücke zwischen 2 Völkern im Rahmen einer europäischen Neuordnung werden ...

Wir fordern unsere Heimat Westpreußen für uns in einem Europa des Friedens und der Freiheit.<<

Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen kritisierte am 15. Dezember 1953 die französische Außenpolitik (x155/43): >>Französische Parlamentarier, die in der letzten Woche unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Daladier eine mehrtägige Reise durch Polen und die von Polen besetzten deutschen Ostgebiete machten, haben erklärt:

"Die Oder-Neiße-Linie stelle eine natürliche Grenze des Landes dar. Sie sei eine echte Demarkationslinie des Friedens. Alle Bemühungen um eine Entspannung der Beziehungen zwischen Ost und West seien zum Scheitern verurteilt, solange sich der Westen nicht entschließen könne, die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. Falls die Deutschen die Oder überschreiten würden, bedeute dies den Krieg."

Die Vertriebenen haben im Sinne ihrer Charta immer wieder betont, daß sie einen Krieg zur Wiedereroberung ihrer Heimat nicht wollen. Unantastbar ist für die Vertriebenen jedoch das Recht auf die angestammte Heimat. Es gehört zu den Grundrechten der Menschen, zu deren Hütern sich gerade die französische Nation berufen fühlt.

Jede Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als sog. Friedensgrenze ist deshalb gleichbedeutend mit der Anerkennung von Unrecht und Gewalt.

Niemals werden die Vertriebenen einer Festlegung der ostdeutschen Grenze zustimmen, die ohne Rücksicht auf den völkerrechtlich gültigen Gebietsstand einer Regelung im künftigen Friedensvertrag vorgreift. ...



Auch für die Lösung des deutsch-polnischen Problems gilt das Wort Abraham Lincolns: "Nichts ist geregelt, solange es nicht geregelt ist." <<

Im Jahre 1953 wurden noch immer 200.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in Lagern untergebracht. Weitere 750.000 lebten in Notwohnungen. Die restlichen 7 Millionen Vertriebenen besaßen "Normalwohnungen", 2/3 von ihnen waren Untermieter (x038/481-482).

Die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung der sudetendeutschen Interessen berichtete am 28. Januar 1954, daß bei der Vertreibung über 300.000 Sudetendeutsche umkamen. Von den überlebenden 3 Millionen Sudetendeutschen lebten etwa 1,9 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland (x159/35).

Walter Müller-Bringmann berichtete am 4. Februar 1956 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/150-152): >>4. Februar 1956. ... Die Umsiedlung deutscher Menschen aus den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten geht nun wieder weiter.

Heute traf ein Transport ein. Auch diesmal wurden die Umsiedler wieder, wie in den vergangenen Wochen, in polnischen Schnellzugwagen II. Klasse mit Schlafwagenabteil befördert. In versiegelten Güterwagen durften sie außerdem ihren gesamten Hausrat mitnehmen. Welcher Unterschied zu den Jahren nach dem Kriege ...

Ich sprach gestern mit Lagerleiter Dr. Freßen.

"Was meinen Sie, wie lange Friedland noch bestehen wird?"

"Das kann man beim besten Willen nicht sagen. Die Aussiedlungen gehen ja immer noch weiter. Und wer weiß, welche Aufgaben Friedland in den nächsten Jahren zugeteilt bekommt." ...

In Friedland wurde die Liebe der Menschen zueinander wieder deutlich. Hier feierte die Brüderlichkeit und Solidarität Auferstehung. Tausendfach sah Friedland die guten Werke von Schwestern, von Helfern, von Menschen aller Kreise.

Friedland ist in diesen langen Jahren ein Symbol unserer Zeit geworden. Ein Ausdruck dessen, was Menschen unserer Tage durch sinnlose Taten anrichten, aber auch durch die Macht des guten Herzens wieder gutzumachen versuchen. ... <<

Premierminister Michel Debré (1912-1996) verkündete am 12. Oktober 1959 vor der französischen Nationalversammlung, daß die französische Regierung unter Aufrechterhaltung des Status quo auch die Respektierung der Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Linie verstehe (x155/75).

Premierminister Michel Debré (1912-1996) erklärte damals zur deutsch-polnischen Grenzfestsetzung (x125/144): >>... Die Grundbedingung für eine Einigung (mit der Sowjetunion) ist die Bekräftigung des Status quo.

Darunter verstehen wir nicht nur das Berliner Statut, sondern auch das gegenwärtige Regime der deutschen Bundesrepublik, von der man nicht behaupten kann, daß sie eine Revanchepolitik begünstige.

Dazu gehört auch die Respektierung der Grenzen, und zwar aller Grenzen mit Einschluß der sogenannten Oder-Neiße-Linie. ... <<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Revanchepolitik" in der SBZ (x009/369): >>Als Revanchepolitik, häufig auch als Revanchismus verleumdet das Regime alle Bemühungen, die 1945 offengebliebenen Gebietsfragen zu erörtern, um sie auf dem Verhandlungswege zu lösen.

Jede Erörterung vor allem der deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie lehnt das Regime der SBZ scharf ab, weil sie angeblich zum Kriege gegen den Sowjetblock führe. Revanchepolitik wird vielen führenden Politikern aller Parteien der Bundesrepublik vorgeworfen.

Als Revanchepolitik stellt die SED auch die völlig rechtmäßigen Bemühungen weitester demokratischer Kreise und der Reichskabinette zwischen 1919 und 1932 hin, einschneidende Bestimmungen der Versailler Regelung von 1919 friedlich zu revidieren.

Mit ihren Behauptungen über die "Revanchepolitik in Westdeutschland" versucht das Regime der SBZ, die Bundesrepublik als einen Kriegstreiber hinzustellen.<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 19. Oktober 1959 die französische Stellungnahme zur Oder-Neiße-Linie (x155/75): >>Die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Debré zugunsten der von der kommunistischen Regierung Polens angestrebten Oder-Neiße-Grenze stellt einen Affront gegen legitime deutsche Interessen dar.

Es ist eine Zumutung, von der Bundesrepublik Deutschland zu verlangen, daß sie auf eine friedensvertragliche Regelung der deutschen Ostgrenze verzichtet. Dies Verlangen würde die Preisgabe einer völkerrechtlichen Position bedeuten, welche die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens einem wiedervereinigten Deutschland eingeräumt haben und das ... anläßlich der letzten Genfer Konferenz ausdrücklich bestätigt wurde.

Gerade wenn man die deutsch-französische Verständigung vertritt, muß man derartige Ausführungen von französischer Seite bedauern. Diese Erklärung widerspricht den wesentlichen Grundsätzen von Freiheit und Selbstbestimmung. Die deutschen Vertriebenen lehnen sie ab.<<

Die "Statistischen Berichte" des Bundesamtes Wiesbaden veröffentlichen am 4. November 1959 die reichs- und volksdeutschen Nachkriegsverluste in Ost-Mitteleuropa:

**Reichs- und volksdeutsche Nachkriegsverluste in den Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937), in den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland und in der sowjetischen Besatzungszone in Mitteldeutschland (ohne Wehrmachtssterbefälle und zivile Kriegsopfer):**

	Verluste der einheimischen deutschen Zivilbevölkerung		Verluste der reichsdeutschen Zivilisten 2)	%	Nachkriegsverluste; insgesamt
Ostpreußen	277.400		5.500	14,4	282.900
Ostpommern	328.900		10.800	23,5	339.700
Ostbrandenburg	172.500		13.800	40,8	186.300
Schlesien	446.100		20.400	14,2	466.500
Deutsche Ostprovinzen	1.224.900		50.500	-	1.275.400
Memelland	28.100		300	21,0	28.400
Danzig	89.900		1.600	31,7	91.500
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	43.000		6.900	27,5	49.900
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement	142.000		40.100	27,5	182.100
Polnische Gebiete	274.900		48.600	-	323.500
Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren sowie Slowakei	266.600		53.000	9,1	319.600
Estland, Lettland und Litauen	22.500		.	.	22.500
Jugoslawien	135.800		.	.	135.800
Rumänien	101.000		.	.	101.000
Ungarn	57.000		.	.	57.000
Baltikum und Balkan	316.300		.	.	316.300
Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland	885.900		101.900	-	987.800
Ost-Mitteleuropa	2.110.800	1)	152.400	-	2.263.200
Sowjetunion	350.000	3)	-	-	350.000
Mitteldeutschland (SBZ)	188.800	4)	-	-	188.800
Insgesamt	2.649.600		152.400	-	2.802.000
Zivile Kriegsverluste	(11.500)	5)	(430.000)	-	(441.500)

**Quellen:** 1) "Statistische Berichte" des Bundesamtes Wiesbaden vom 4.11.1959, S. 20 (x026/-30).

2) Von der Flucht und Vertreibung direkt betroffene Bombenevakuierte und Dienstverpflich-

tete, die aus den westlichen Reichsgebieten stammten. Diese Nachkriegsverluste wurden aufgrund der durchschnittlichen ostdeutschen Verlustquoten errechnet (2,5 % der direkt Betroffenen - x016/79).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) ermittelte später, daß die Verluste der zugezogenen Reichsdeutschen mit mindestens 220.000 Opfern anzusetzen sind (x025/75).

3) Zwangsverschleppung innerhalb der Sowjetunion (Verluste während des Zweiten Weltkrieges = ca. 239.000 Rußland-Deutsche - x026/31), Verschleppung von Zwangsrepatriierten aus dem Deutschen Reich in die UdSSR (Verluste = ca. 111.000 Rußland-Deutsche - x026/91). Nach Angaben der rußland-deutschen Volksgruppe starben sogar über 400.000 Rußland-Deutsche (x026/31).

4) Im Jahre 1945 kamen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) etwa 115.000 Mitteldeutsche um. Von 1945-50 ereigneten sich in den SBZ-Konzentrationslagern außerdem über 65.000 Sterbefälle (x009/228). Weitere 8.800 mitteldeutsche Verschleppungsoffer ("Strafgefangene" und andere Zwangsarbeiter) starben in sowjetischen Deportationslagern (x026/63,91).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schätzte, daß der sowjetische Einmarsch in Westpommern, Westbrandenburg und Berlin bereits etwa 240.000 Menschenleben forderte (x026/56).

5) Nach offiziellen Angaben starben in den Jahren 1939-45 im Deutschen Reich "nur" 441.500 deutsche Zivilisten durch Kriegseinwirkungen (x016/78).

Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen ermittelte jedoch später, daß allein während der anglo-amerikanischen Luftangriffe ca. 609.000 Deutsche getötet und 917.000 verletzt wurden (x051/364).

Die Verluste der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen wurden nach langjähriger Forschungs- und Untersuchungsarbeit durch Wissenschaftler und Experten des Statistischen Bundesamtes ermittelt. Diese Statistiken, die man erst im Jahre 1959 veröffentlichte, gehören sicherlich zu dem bestgesicherten Zahlenmaterial der zeitgeschichtlichen deutschen Forschung. Bei diesen Ermittlungen setzte man bewußt nur Mindestverluste an, die nach Abschluß der Kampfhandlungen entstanden. Tausende von Flüchtlingen und Vertriebenen, die nach der Ankunft im besetzten Mittel- und Westdeutschland an den Folgen der erlittenen Mißhandlungen und Strapazen, an Hunger und Seuchen starben, wurden nicht berücksichtigt.

In den amtlichen Statistiken blieben auch die ungezählten Vergewaltigungsoffer (mindestens 2,0 Millionen Frauen und Mädchen), deren Leben durch die Sexualverbrechen lebenslanglich schwer belastet bzw. zerstört wurde, unberücksichtigt.

"KNAURS Lexikon" (1953; S. 481) notierte, daß während der Flucht und Ausweisung etwa 2,5 Millionen Deutsche zugrunde gingen (x038/481).

Der Kirchliche Suchdienst München ermittelte im Jahre 1965 (sog. "Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals des deutschen Volkes in den Vertreibungsgebieten") für Ost-Mitteleuropa (außer UdSSR und ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) rd. 2,3 Millionen Tote und ungeklärte Fälle (Verschollene). Da seit dem Kriegsende bereits Jahrzehnte vergangen sind, müssen die Verschollenen als umgekommen gelten (x025/248).

Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über die sog. "Deutschen Vertreibungsverluste" (x010/18,54): >>Der Begriff Vertreibung ... umfaßt nicht allein die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung, sondern den Gesamtvorgang ihrer Entwurzelung. Dieser begann durch Fluchtbewegungen in der Endphase der Kriegshandlungen, durch Ausplünderung, Verelendung, Mißhandlung, Deportierung und Tötung verbliebener Bevölkerungsteile in der Zeit der Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete und vollendete sich schließlich durch deren Ausweisung. ...<<

>>... Bei den Schätzungen des Statistischen Bundesamtes zur Ermittlung der Vertreibungsverluste ... ergeben sich nach Abzug geschätzter Kriegsverluste und nach Ermittlung der in der Bundesrepublik Deutschland und Schätzung der in der DDR sowie in Heimatgebieten im Jahre 1950 lebenden Personen eine Gesamtzahl von ca. 2,2 Millionen "ungeklärter Fälle" in sämtlichen Vertreibungsgebieten (außer UdSSR). Sie werden auch als "Nachkriegsverluste" bezeichnet. ... Nur bei einer weitgehenden Auslegung des Begriffs "Vertreibungsverbrechen" kann vorsichtig davon ausgegangen werden, daß es sich bei der Mehrzahl der o.a. "ungeklärten Fälle" um Verbrechenopfer handelt. Dann wären aber die Todesfälle unter der Zivilbevölkerung infolge von Entkräftung und Erschöpfung wegen mangelhafter oder fehlender Lebensmittelzuteilungen ebenso als Vertreibungsverbrechen zu bezeichnen wie auch die hohe Zahl der Selbstmordfälle - Ausdruck der totalen Hoffnungslosigkeit unter der Zivilbevölkerung.

... Das Ergebnis darf jedoch nicht vergessen lassen, daß eine weitaus höhere Zahl von Deutschen Opfer von Gewalttaten wie Vergewaltigungen und Mißhandlungen geworden ist, die nicht unmittelbar zum Tode führten.<<

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes) errechnete für die Vertreibungsgebiete in Ost-Mitteleuropa (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierete und Dienstverpflichtete) insgesamt 2.220.000 Todesopfer (x037/60).

Im "dtv-Atlas zur Weltgeschichte" (1989; Band 2, S. 499) wurden die deutschen Vertreibungsverluste mit über 3,0 Millionen angegeben (x061/499).

Wieviel deutsche Zivilisten auf der Flucht, durch Kampfhandlungen, Befreiungsverbrechen, Selbstmorde, Zwangsverschleppungen, Vertreibungsmaßnahmen oder langjährige Zwangsarbeit tatsächlich umkamen, wird man verständlicherweise niemals genau feststellen können.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 9.08.2008) über die Kriegs- und Nachkriegsverluste der Deutschen (x887/...): >>**Klassiker aktualisiert**  
Opferzahlen und mehr

Heinz Nawratil, bayrischer Notar sudetendeutscher Herkunft, sehr erfolgreicher Autor juristischer Taschenbücher, setzt sich seit fast 30 Jahren vehement für Wahrheit und Gerechtigkeit in der deutschen Geschichte ein, indem er die Tatsachen über die Verbrechen an Deutschen dokumentiert ("Schwarzbuch der Vertreibung", 14. Aufl. 2007) und den "Kult mit der Schuld" ad absurdum führt. Dabei will er als Jurist naturgemäß nicht aufrechnen, aber Geschehenes gerecht einordnen, wie es bei jedem ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren geschehen muß.

"Die deutschen Nachkriegsverluste", erstmals 1986 erschienen, hat er völlig überarbeitet und um neuere Erkenntnisse erweitert. Damit liegt jetzt eine umfassende, nachvollziehbare Dokumentation dieses grauenvollen Kapitels der Weltkriegsgeschichte vor.

Der Autor berichtet im einzelnen von den verschiedenen Opferkategorien und wägt divergierende Zahlenangaben seiner Quellen sorgfältig ab, wobei er große Über- und Untertreibungen besonders anspricht. Es gelingt ihm in aller Knappheit, unterstützt durch Dokumente und Bilder, die unermeßlichen Leiden spürbar zu machen, die hinter jeder Zahl stehen. Die sachliche Darstellung ist bar anklagender Zusätze.

Der Leser erkennt selbst: Die Opfer sind nicht nur einfach Getötete, sondern fast immer direkt oder indirekt bestialisch zu Tode Gequälte: unter sowjetischer, polnischer, tschechoslowakischer und jugoslawischer Herrschaft mehr handgreiflich, unter angloamerikanischer und französischer Herrschaft mehr, auch an Umfang, durch Versagen des Lebensnotwendigen.

Nawratil zählt 8,8 Millionen Nachkriegstote, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer

und 0,1 Euthanasieopfer.

Die Dokumentation ist so klar und kompakt, daß jeder Interessierte sich ohne nennenswerten Aufwand ein Bild der Greuel machen kann und Beschönigen sich nicht mehr mit unschuldiger Unwissenheit entschuldigen läßt.

Solch eine Entschuldigung gilt tatsächlich allerdings schon lange nicht mehr, denn das Grundlegende über die Vertreibungen war spätestens 1960, über die Kriegsgefangenen 1974 amtlich veröffentlicht, wie das Buch ausweist.

Daß ein Bundespräsident dennoch 1985 den 8. Mai 1945 als "Tag der Befreiung" deklarierte, kann man nur zynisch gegenüber den Opfern und beschämend würdelos nennen.

Heinz Nawratil: "Die deutschen Nachkriegsverluste - Vertreibung, Zwangsarbeit, Kriegsgefangenschaft, Hunger, Stalins deutsche KZs", ... Graz 2008 ...<<

Die "dpa" (Deutsche Presse-Agentur) meldete am 9. November 1959 (x028/239): >>... Die französische Regierung hat der Bundesregierung auf Anfrage versichert, daß sie die Oder-Neiße-Linie nach wie vor als eine provisorische polnische Verwaltungsgrenze ansehe.

Sie betonte gleichzeitig, daß eine endgültige Regelung der deutschen Ostgrenzen einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland vorbehalten bleiben müsse.<<

Der Sudetendeutsche Rat beschloß am 15. Januar 1961 zwanzig Punkte zur Sudetenfrage (x155/83-84): >>... 8. Der expansive tschechische Nationalismus benützte 1945 im Bunde mit dem sowjetischen Imperialismus den Zusammenbruch des Deutschen Reiches, um die Sudetendeutschen aus ihrem angestammten Siedlungsgebiet zu vertreiben und sie ihres Volksvermögens zu berauben. Dieser Vorgang ist - ganz abgesehen von den dabei vorgekommenen Grausamkeiten und Morden - eine millionenfache Verletzung der menschlichen Grund- und Freiheitsrechte.

9. Heute leben über 2 Millionen Sudetendeutsche in der Bundesrepublik Deutschland, davon eine Million in Bayern. Etwa 800.000 Sudetendeutsche leben in der Sowjetzone Deutschlands, 140.000 in Österreich, 24.000 in anderen europäischen und überseeischen Ländern und rund 200.000 in der Tschechoslowakei. Rund 240.000 Sudetendeutsche kamen bei der Vertreibung ums Leben. ...

11. Nicht nur die Sudetendeutschen, sondern das deutsche Volk in seiner Gesamtheit werden sich niemals mit der Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat abfinden. ...

12. ... Wir kennen keine Kollektivschuld des tschechischen Volkes an unserer Vertreibung und beurteilen alle Personen danach, wie sie heute über die Vertreibung denken und wofür sie sich heute aufrichtig einsetzen. Den Vorwurf des "Revanchismus" können wir daher guten Gewissens zurückweisen.

Auf Wiederherstellung des durch die Vertreibung verletzten Rechtes und die Wiedergutmachung der erlittenen Schäden werden wir hingegen nicht verzichten.

13. Von der Bundesregierung erwarten wir, daß sie niemals die Vertreibung und Enteignung von mehr als 3 Millionen deutschen Staatsbürgern in Böhmen, Mähren und Schlesien hin- nimmt, sondern daß sie deren Rechte in jeder Beziehung wirksam vertritt. ...<<

Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen beschloß am 22. März 1964 Grundlagen einer europäischen Friedensordnung (x155/105-106): >>... 2. Die Gefahren der Welt gebieten das Streben nach einem dauerhaften Frieden. ...

3. Frieden und Recht sind untrennbar; sie gemeinsam erst sichern gute Nachbarschaft zwischen Staaten, Völkern und Menschen.

4. Das Ziel eines einigen, auf Freiheit begründeten Europas ist nur auf einer rechtmäßigen, das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf die Heimat gewährleisteten Ordnung unter den Staaten und Völkern, nicht aber Duldung oder gar Billigung rechtswidriger Gewalt zu erreichen.

5. Auch Freundschaft und Vertrauen zwischen den Staaten erwachsen nur aus gegenseitiger Anerkennung des Rechts, niemals aus Okkupation und Aufrechterhaltung von Massenvertreibungen. ...

7. Deutschland ist in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Unterzeichnermächten der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 - einschließlich der Sowjetunion - anerkannt. Annexionswille und Mißachtung der Selbstbestimmung halten es rechtswidrig geteilt. ...

10. Deutschlands Außenpolitik muß für Recht und Gerechtigkeit als politisches Prinzip eintreten, gerade weil sie unter der Last der entsetzlichen Verbrechen einer totalitären Zwischenherrschaft steht. Die anderen Völker sollten nicht vergessen, daß in einer chaotischen Zeit der Gewalt auch an Millionen Deutschen Verbrechen begangen wurden.

11. Es gibt jedoch keine Kollektivschuld, auch keine deutsche. Rechtmäßig darf keine Sühne von einer Gesamtheit und für Deutschland etwa stellvertretend von den Ostdeutschen gefordert werden.

12. Die Folgen von Verbrechen sind im Rahmen des Menschenmöglichen zu beseitigen. Eine Hinnahme des fortbestehenden Unrechts an deutschen Staatsbürgern widerspricht diesem Grundsatz. ...

13. Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeiten ausschließen. Dies gilt in den von der Sowjetunion und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren.<<

Das BdV-Präsidium berichtete am 26. Oktober 1964 während einer Klausurtagung (x155/109-110): >>... Im Jahre 1965 werden zwei Jahrzehnte seit der Tragödie Ostdeutschlands verflossen sein, die auch die Sudetendeutschen, Donauschwaben und die übrigen ostdeutschen Volksgruppen in den Strudel wahlloser Vergeltung hineinriß.

Die traurigen Jubiläen der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches und des Potsdamer Abkommens werden auch die Entscheidungen in Erinnerung rufen, die mit einigen Federstrichen 15 Millionen Deutsche für vogelfrei erklärten, ihnen das Heimatrecht nahmen und mehr als zwei Millionen Vertreibungstote verursachten. ...

1. Die Rückbesinnung auf die Vertreibungstragödie sollte auch die anderen Völker, deren Regierungen an diesen Maßnahmen mittelbar oder unmittelbar beteiligt waren, zur Selbstbesinnung einladen.

2. Wir meinen, daß die deutsche Außenpolitik den Mut aufbringen muß, auch von den deutschen Opfern des Nationalsozialismus zu sprechen und die unmenschlichen Handlungen der Siegermächte von 1945 (Bombardierung von Dresden, Massenvertreibungen und Massenverschleppungen, Auslieferungen von Kriegsgefangenen an die Sowjets und Jugoslawien) zur Diskussion zu stellen, wenn deutsche Selbstkritik von anderen Völkern nicht als Waffe der Selbstgerechtigkeit mißbraucht werden soll.

3. Wir meinen, daß nicht zugelassen werden darf, daß jene tendenziöse deutsche Geschichtsschreibung die Oberhand gewinnt, welche die tragischen Verstrickungen der europäischen Völkerschicksale und damit die objektiven Ursachen der Kriege und Revolutionen der Gegenwart unterschlägt und eine deutsche Alleinschuld konstruiert.

4. Wir meinen, daß deutsche Schüler und Hochschüler wieder in einem gesunden deutschen Nationalgefühl erzogen werden sollten, wie es in den Ideen des Jahres 1848 überliefert, in der Verständigungspolitik der Weimarer Republik wirksam gefordert und von den Opfern des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und Stalinismus vorgelebt worden ist.

5. Wir meinen, daß diese Erziehungsaufgabe auch die Verpflichtung umfaßt, den fundamentalen Unterschied zwischen unserer aus freien Wahlen geborenen parlamentarischen Demokratie und der sowjetischen Fremdherrschaft in Mitteldeutschland dem Bewußtsein der deutschen

Jugend einzuprägen.

Den Versuchen, den Tatbestand der Dreiteilung Deutschlands durch die Bezeichnung Mitteldeutschlands als "Ostdeutschland" zu verschleiern, muß auf allen Ebenen entgegengetreten werden. Ostdeutschland – das ist das deutsche Reichsgebiet jenseits von Oder-Neiße.

6. Wir meinen, daß tendenziöse und deshalb wahrheitswidrige Darstellungen westdeutscher Massenmedien über die unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebiete und die sonstigen Vertreibungsgebiete als subversive (zerstörende) Propaganda zu brandmarken sind. ...

8. Wir meinen, daß die Wahrung des Rechts auf die Heimat und des Rechts auf Selbstbestimmung, die für alle Völker und Volksgruppen, für die Ostdeutschen ebenso wie für die Sudetendeutschen gelten, unverzichtbare Voraussetzungen bei allen Schritten und Verhandlungen der deutschen Politik sein muß. ...<<

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rücken machen.<<

Vertreter des BdV verkündeten am 5. September 1965 die Berliner Erschließung (x155/117-118): >>... Deutschland ist unteilbar.

... Mitteldeutschland - die sowjetisch besetzte Zone - gehört unmittelbar zum einigen Deutschland. Nur das durch die sowjetische Besatzungsmacht gestützte kommunistische Regime hält mit nackter Gewalt die Spaltung unseres Landes aufrecht und 17 Millionen Deutsche hinter Mauer und Stacheldraht in Unfreiheit.

Ostdeutschland - die deutschen Provinzen ostwärts von Oder und Neiße - bleiben Teil Deutschlands, nach geschichtlichem, Natur- und Völkerrecht. Selbst die Siegermächte haben (dies) in der Kapitulationsdeklaration vom 5. Juni 1945 bestätigt und anerkannt.

Deutschland besteht in seinen Grenzen von 1937 fort.

Das vereinte, freie, demokratische Deutschland wird in der Gemeinschaft der europäischen Nationen - auch der osteuropäischen Völker - mit aller Kraft für den Frieden Europas und der Welt wirken. ... Partner eines gerechten Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutschland sein, dessen Bevölkerung sich seine politische und soziale Ordnung durch die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in voller Freiheit selbst geben muß. ...<<

Der deutsche Bundeskanzler Ludwig Erhard (1897-1977) berichtete während der Regierungserklärung vom 18. Oktober 1965 (x353/74): >>... Wir sind uns alle darüber klar, daß auf dem Wege zur Wiederherstellung der deutschen Einheit große Schwierigkeiten zu überwinden sind. Der Weg mag lang und dornenvoll sein. Am Ende dieses Weges muß nach der Überzeugung der Bundesregierung ein Friedensvertrag stehen, der von einer in freien Wahlen gebildeten gesamtdeutschen Regierung frei verhandelt und geschlossen wird. In diesem Vertrag - und nur in ihm - können und müssen die endgültigen Grenzen Deutschlands, das nach gültiger Rechtsauffassung in seinen Grenzen vom 31.12.1937 fortbesteht, festgelegt werden.<<

Der polnische Episkopat schrieb am 18. November 1965 an die deutschen Bischöfe (x056/54, x064/48): >>... Jene Preußen (brachten) alles Deutsche in polnischen Landen in allgemeinen Verruf. Sie sind in der geschichtlichen Entwicklung repräsentiert durch folgende Namen: ... Friedrich der sogenannte Große, Bismarck und schließlich Hitler ... Und trotz dieser fast hoffnungslos mit Vergangenheit belasteten Geschichte ... versuchen wir zu vergessen. ... Wir ... gewähren Vergebung und bitten um Vergebung. ...<<

>>... Seid uns wegen dieser Aufzählung dessen, was im letzten Abschnitt unserer 1.000 Jahre geschehen ist, liebe deutsche Brüder, nicht gram! Es soll weniger eine Anklage als vielmehr eine eigene Rechtfertigung sein! ...

In diesem allerchristlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten

um Vergebung.

Und wenn Sie, deutsche Bischöfe und Konzilsväter, unsere ausgestreckten Hände brüderlich erfassen, dann erst können wir wohl mit ruhigem Gewissen in Polen auf ganz christliche Art unser Millennium (Tausendjahr-Feier) feiern. Wir laden sie herzlichst nach Polen ein.<<

Der polnische Episkopat widerrief am 15. Februar 1966 seine Vergebungsbitte an die deutschen Bischöfe vom 18.11.1965 (x309/12): >>... Worte der Vergebung haben wir an jene gerichtet, die ihre Schuld ernst nehmen; ... an jene, die verstehen, daß diese Gebiete ... unser altes piastisches Vaterland sind. ... Wir haben vergeben, wie Christus (!) am Kreuz vergeben hat. ...

Wir sind überzeugt, daß wir als Volk dem deutschen Volk über Jahrhunderte keinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schaden zugefügt haben. ...<<

Die BdV-Bundesversammlung kritisierte am 15. Mai 1966 die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die israelische Regierung (x155/125): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen bringt ihr tiefes Befremden über die Erklärungen der Israelischen Regierung zur Oder-Neiße-Frage zum Ausdruck.

Keine ausländische Macht hat das Recht, Entscheidungen über die deutschen Ostgrenzen vorwegzunehmen, die selbst nach dem Wortlaut der Potsdamer Protokolle der drei Siegermächte einer Friedenskonferenz vorbehalten sind. ...<<

Die deutschen Vertriebenenverbände störten angeblich die Entspannungspolitik zwischen der Sowjetunion und Nordamerika. Sie wurden deshalb von den westdeutschen Massenmedien verstärkt als "nationalistische Revanchisten" diffamiert.

Das BdV-Präsidium kritisierte am 9. Juli 1966 die Verzichtsforderungen der deutschen Massenmedien (x155/128): >>... Es wurde festgestellt, daß die EKD-Denkschrift eine Welle der Verzichtpropaganda in Bewegung setzte, die bereits in offener Bejahung des Status quo eines dreigeteilten Deutschland gipfelt. Parallel zu dieser Entwicklung läuft die Propagandaoffensive des Ostblocks in der gleichen Zielsetzung.

Das Präsidium erblickt in den von einzelnen Massenmedien immer hemmungsloser wiederholten Angriffen gegen die Vertriebenenverbände, gegen die Pflege des ostdeutschen Kulturgutes und die heimatpolitischen Ziele der Landsmannschaften einen Teilaspekt der Gesamtoffensive gegen die erklärte Deutschlandpolitik der Bundesregierung und der politischen Parteien. ...<<

Im Verlauf eines Staatsbesuches betonte der französische Staatspräsident General de Gaulle am 9. September 1967 in der Stadt Hindenburg den polnischen Charakter der ehemals ostdeutschen Städte (x155/136): >>... (Hindenburg sei) die schlesischste aller schlesischen, die polnischste aller polnischen Städte. ... (Danzig bezeichnete de Gaulle als) polnisch, tief und hervorragend polnisch. ...<<

BdV-Präsident Rehs (1901-1971) kritisierte am 16. September 1967 die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten General de Gaulle vom 9.09.1967 in Ostdeutschland (x155/135-136): >>Die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle während seines Aufenthaltes in Polen und in den deutschen Ostgebieten sind weit über das Maß hinausgegangen, womit gerechnet werden konnte.

Unbeschadet seiner bekannten Einstellung zur Oder-Neiße-Frage durfte davon ausgegangen werden, daß er auf die Interessen und Auffassungen seines deutschen Bündnispartners mehr Rücksicht nehmen würde.

Die geschichtlichen und ethnographischen Tatsachen sind in seinen Äußerungen insbesondere in Hindenburg und Danzig auf den Kopf gestellt worden. Die dabei gebrauchten Bilder und Formeln sind falsch.

Der General, der in allen Dingen der französischen Nation so überaus empfindlich ist, der das Selbstbestimmungsrecht der Franzosen in Kanada vertritt, ist über das Unrecht der Vertrei-



bung von 16 Millionen Deutschen, über die Rechte und Gefühle von 10,5 Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland hinweggegangen, als ob sie nicht existierten. Er erweckt damit den Anschein, als ob er Massenvertreibungen als zulässiges Prinzip der internationalen Politik zu sanktionieren bereit ist. Das ist ein schwerer Verstoß gegen das Vertrauen auf den Gerechtigkeitssinn und eine schwer zu verwindende Kränkung. ...<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 15. März 1968 Bundeskanzler Kiesinger (x155/139): >>Der Bund der Vertriebenen vermißt im Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation eine angemessene und konkrete Behandlung der zunehmend wirksamen Tendenzen zur Zersetzung der demokratischen Ordnung und zur Demoralisierung der staatserhaltenden Kräfte.

Ein bevorzugtes Ziel dieser systematischen Kampagne sind die Vertriebenen. Obwohl sie mit am schwersten von den Folgen des Krieges betroffen sind, obwohl sie ihre berechtigten Forderungen und Erwartungen in maßvoller Form vorbringen; obwohl sie mit aller Kraft am Wiederaufbau von Wirtschaft und Staat mitgearbeitet haben und mitarbeiten; obwohl sie als Opfer von Revanche und Gewalt ihrerseits einer gewaltsamen Durchsetzung ihrer Forderungen abgesetzt haben, werden sie im Gleichklang mit der kommunistischen Hetze als Revanchisten und Unruhestifter diffamiert und als unbequeme Mahner des am deutschen Volk begangenen Unrechts beiseitegeschoben.

Selbst qualifizierte Vertreter des geistigen und gesellschaftlichen Lebens gehen in Memoranden, Denkschriften und Studien leichtfertig über die von den Vertriebenen vertretenen deutschen Interessen hinweg, anstatt Seite an Seite mit ihnen den rechtmäßigen nationalen Besitzstand zu wahren. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung. - Die deutschen Vertriebenen." (x024/339): >>... Dieses Buch hat die Geschichte jenes Teils unseres deutschen Volkes beschrieben, der das härteste Schicksal nach dem Kriege zu erleiden hatte: der deutschen Vertriebenen.

Es soll an dieses trübe Kapitel der Geschichte erinnern, das viele der Jüngeren nicht kennen und viele der Älteren verdrängt haben. Was mit bitterem Leid anfang, gerät zu einer besonderen Chance, Mahner und Vermittler in der Verständigung zwischen Ost und West zu sein. ...

Heute sind bei uns und im Osten neue Generationen herangewachsen, die das, was die älteren erlebt haben, oft kaum begreifen können.

Die Erinnerung an das Vergangene soll zwischen den Völkern nicht alte Wunden aufreißen. Erinnerung soll heute Ansporn zu Verständigung und Versöhnung sein.

Wer heute – bei uns oder im Ausland – noch immer versucht, aus der Masse der deutschen Vertriebenen oder deren Nachkommen "kalte Krieger" zu machen, der hat Vergangenheit und Gegenwart falsch gedeutet.

Die deutschen Vertriebenen haben insgesamt bewiesen, daß sie ihre Lektion aus der Geschichte gelernt haben. Sie und ihre Kinder haben sich aus Leid zu Leistung anspornen lassen. Sie haben die Bundesrepublik Deutschland und die DDR mitaufgebaut, in einem Maße, das Bewunderung verdient.<<

Das BdV-Präsidium erklärte am 4. April 1969 in Bonn (x155/156): >>... 1. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet Parteien, Staatsführung und Bürger, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Dieses verfassungsrechtliche Gebot legt die politische Aufgabe fest, nach Wiederherstellung des Staates in seinen rechtmäßigen Grenzen zu streben. Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Damit ist die Beachtung der allgemeinen Menschenrechte, des Selbstbestimmungsrechts, des Rechts auf die Heimat, des Annexionsverbotes verfassungsrechtliche Pflicht für Staat und Gesellschaft gemeint.

2. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Obhutspflicht gegenüber allen Vertriebenen über-

nommen. Diese schließt die Sorge für die in der angestammten Heimat verbliebenen Deutschen ein.

3. Die Deutschlandpolitik muß im Hinblick auf die friedensvertragliche Regelung von der Tatsache ausgehen, daß das Deutsche Reich in seinen völkerrechtlich anerkannten Grenzen fortbesteht. Einen Friedensvertrag kann nur eine gesamtdeutsche Regierung schließen. Verträge über die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland können nur mit Zustimmung der Deutschen aus diesen Gebieten geschlossen werden. ...<<

Die BdV-Bundesversammlung erklärte am 26. April 1969 zur Verjährung von Kriegsverbrechen (x155/151-152): >>... Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfordern eine gerechte Sühne in geordnetem Rechtsgang, also nach ausreichender Beweisführung und freier Verteidigung. Um Recht geht es nur, wenn gleiche Straftaten gleichermaßen verfolgt werden.

Die Vertriebenen fordern im Zusammenhang mit der Verjährungsdebatte endlich die wirksame Beweissicherung auch für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die an Deutschen begangen wurden. Sie wollen damit weder Verbrechen von Deutschen verschleiern, noch Verbrechen gegeneinander aufrechnen.

Sie wehren sich aber gegen zweierlei Recht und gegen den Versuch, durch einseitige Feststellungen über das Ausmaß solcher Verbrechen dem Unrecht der Vertreibung von Millionen an diesen Verbrechen nicht beteiligten Deutschen eine moralische Scheinbegründung zu geben.

... Der BdV verweist ausdrücklich darauf, daß die Vorbereitung der Vertreibung ganzer Volksgruppen aus ihren Wohnsitzen, die Zerstörung ihrer gesellschaftlichen Ordnung und ihrer kulturellen und geschichtlichen Bindung, die Gefährdung des Lebens vieler Angehöriger deutscher Volksgruppen bei der Vertreibung und die Unterbrechung der Entfaltung der Volksgruppen zu ihren angestammten Wohnsitzen zu den Tatbeständen des Völkermordes zählt.

... Man kann sich nicht zum Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen bekennen, dennoch aber Unrechtstatbestände, die Millionen Deutschen dies Recht verweigern, stillschweigend übergehen oder in das Gegenteil umwandeln. ...<<

Das BdV-Präsidium berichtete am 12. Juli 1969 über die Erstellung und Auswertung einer zusammengefaßten Dokumentation der Vertreibungsverbrechen (x155/161): >>... Die Vertriebenen gehen bei ihrem Petition (Gesuch) davon aus, daß die Verfolgung nicht nur von Deutschen, sondern auch an Deutschen verübten Verbrechen im Interesse der historischen Wahrheit und der Unteilbarkeit des Rechtes erforderlich ist und daß ein Verschweigen dieser verbrecherischen Tatbestände durch die Opfer weder moralisch noch politisch zu rechtfertigen ist.

"Verbrechen gegen die Menschlichkeit", so heißt es in einer am 27. April dieses Jahres von der Bundesversammlung des BdV verabschiedeten Entschließung zur Verjährungsfrage, "erfordern eine gerechte Sühne in geordnetem Rechtsgang, also nach ausreichender Beweisführung unter freier Verteidigung. Um Recht geht es nur, wenn gleiche Straftaten gleichermaßen verfolgt werden." Der Gesamtprozeß der Vertreibung ganzer Volksgruppen stelle den Tatbestand des Völkermordes dar. ...<<

Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 3.10.2009) über die "neue Ostpolitik" (x887/...): >>**Die erste "Wende"**

Erstmals seit der Weimarer Zeit kann die SPD mit Brandt wieder den Kanzler stellen

Die Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969 brachte die Bundesrepublik Deutschland auf einen neuen Kurs. Erstmals in ihrer Geschichte stellte die CDU/CSU nicht mehr den Bundeskanzler.

Zwar ging die Union, der in Umfragen eine absolute Mehrheit vorausgesagt worden war, mit

46,1 Prozent der Stimmen und 242 Parlamentssitzen wieder als stärkste Kraft aus dem Urnengang hervor, doch konnte die SPD mit 42,7 Prozent erstmals die 40-Prozent-Marke überschreiten. Die FDP dagegen mußte mit nur noch 5,8 Prozent der Stimmen herbe Verluste hinnehmen. Der Wahl vorausgegangen waren der Bruch der Koalition aus CDU/CSU und FDP, der Rücktritt Ludwig Erhards als Bundeskanzler im Jahre 1966 und die Bildung einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD, die im Laufe der Zeit immer brüchiger geworden war.

Nach der Wahl reklamierte der Fraktionsvorsitzende der Union, Rainer Barzel, den Führungsanspruch für seine Partei, doch auch die SPD hoffte auf eine Regierungsbeteiligung. Tatsächlich hatte jedoch keine der drei im Bundestag vertretenen Parteien eine entscheidende Mehrheit erringen können. Die NPD fiel als Mehrheitsbeschaffer aus, da sie nach einer Serie von Wahlerfolgen wider Erwarten knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war. Zünglein an der Waage wurde Walter Scheel, der Erich Mende als FDP-Parteivorsitzender abgelöst, die Partei reformiert und die Wende von der national- zur linksliberalen Orientierung eingeleitet hatte. Bereits drei Tage vor der Wahl hatte er signalisiert, zu einer Koalition mit der SPD bereit zu sein. ...

Nach der Bekanntgabe der ersten zuverlässigen Hochrechnungen trat der SPD-Parteivorsitzende und Kanzlerkandidat Willy Brandt vor die Presse und erklärte, die SPD sei "die größte und stärkste Partei" und er habe die FDP wissen lassen, daß er zu Verhandlungen über eine Regierungsbildung bereit sei. Noch in der Nacht begannen die Koalitionsgespräche. Obwohl das Wählervotum ein anderes Ergebnis nahelegte und die Union die stärkste Fraktion im Bundestag blieb, mußte sie nach 20 Jahren die Macht abgeben und in die Opposition gehen.

Am 21. Oktober wählte der Bundestag Willy Brandt mit den Stimmen von SPD und FDP zum Bundeskanzler. Damit stand 39 Jahre nach dem Kabinett Hermann Müller wieder ein Sozialdemokrat an der Spitze einer deutschen Regierung. Seinem Kabinett gehörten elf SPD-Minister, drei von der FDP und ein Parteiloser an. Walter Scheel wurde Vizekanzler und Außenminister.

Die sozialliberale Koalition läutete einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel ein, der tiefe Einschnitte brachte. Unter dem Motto "Mehr Demokratie wagen" kündigte Brandt in seiner Regierungserklärung mehr Transparenz und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger an. In der Deutschland- und Ostpolitik verfolgte er einen umstrittenen "Wandel durch Annäherung", um "über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen".

Diese Politik führte zur weitestgehenden Erfüllung der Forderungen des Ostblocks mit der Konsequenz der Anerkennung der DDR, dem Viermächteabkommen über Berlin und der (wenn auch nicht völkerrechtlich endgültigen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie in den Verträgen von Moskau und Warschau. Nichts illustriert diesen außenpolitischen Kurswechsel deutlicher als der berühmt-berüchtigte Kniefall des Bundeskanzlers vor einem Ehrenmahl in der polnischen Hauptstadt. ...<<

Die BdV-Bundesvertretung veröffentlichte am 17. Januar 1970 die "Bremer Entschließung" (x155/173-174): >>... II. Unser Grundgesetz verbietet die Anerkennung von Verstößen gegen die Normen des Völkerrechts, also auch die Aufteilung Deutschlands ohne freie Selbstbestimmung, die Anerkennung von Annexionen ohne (Friedens-)Vertrag ...

Maßnahmen dieser Art bedürfen nicht nur einer verfassungsändernden Mehrheit, sondern verletzen auch die Kernvorschriften des Grundgesetzes. ...

Verträge zur Beseitigung völkerrechtswidriger Annexionen zu schließen, ist Sache einer dazu legitimierten freien Vertretung von ganz Deutschland in einem Friedensvertrag. ...

Das Recht auf die Heimat, auf Freizügigkeit zu den angestammten Wohnsitzen und zur freien selbstbestimmten Entfaltung daselbst ist ein unabdingbares Menschen- und Gruppenrecht.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur durch das Grundgesetz, sondern auch durch das Vertragsrecht der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet, in allen Verhandlungen

gen und Gesprächen für diese Rechte einzutreten. Über Menschen- und Gruppenrechte der Betroffenen dürfen sich auch keine Mehrheiten hinwegsetzen. ...<<

BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja (1914-1997) verdeutlichte in seiner Antrittsrede vom 15. März 1970 die künftige Verbandspolitik (x155/176-179): >>... Die verantwortlichen Organe des BdV sind und werden weiterhin für die Freiheit wie für einen gerechten Frieden eintreten. Ich könnte meine Pflicht nicht mehr wahrnehmen, wenn das Gegenteil der Fall wäre. Aber wahrer Friede ist nicht dort, wo sich eine Seite aller, auch der vor dem Gemeinwohl der Völker vertretbaren eigenen Interessen entledigen soll.

Friede ist nicht dort, wo die Menschen- und Gruppenrechte der Besiegten achtlos überrollt werden.

Jene, die uns nicht wohl wollen, behaupten, wir müßten das Unrecht, das uns widerfahren ist, hinnehmen, ja legalisieren, weil in deutschem Namen ungeheure Untaten vollzogen wurden. Wir sprechen nicht der Verschleierung von Untaten das Wort. Es ist aber ein dialektischer Trugschluß, daß deshalb ein neues Unrecht an einem Teil der Nation und an Millionen von Unschuldigen, das Unrecht der Deportation, der Vertreibung hingenommen, ja legalisiert werden soll, ohne letzte friedliche Bemühungen um eine zeitgemäße Form in der Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit, von neuen Formen der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Menschen- und Gruppenrechte.

Wir distanzieren uns deshalb von der dem Völkerrecht unbekanntem, bei nüchterner Betrachtung auch moralisch anrühigen Begründung, daß wegen der in deutschem Namen begangenen Untaten die Annexionen und Vertreibungen von Deutschen widerspruchslos hinzunehmen sind.

Untaten erfordern gerechte Sühne in einem geordneten Rechtsgang. ... Taten und Grausamkeiten gegenüber Menschen sind nicht verrechenbar. Wer aber aus solchen Untaten eine einseitige, politisch gezielte Diffamierung zur Scheinbegründung von Annexionen und Deportationen ableitet, den müssen wir darauf aufmerksam machen, daß es nicht angeht, die auch an Deutschen begangenen Verbrechen ständig zu verschweigen und das Wissen darüber zu unterbinden.

Wir sprechen nicht für Haß und Vergeltung. Wir wissen, daß die tiefen Ursachen solcher Untaten eine überhebliche Übersteigerung des notwendigen nationalen Selbstverständnisses und der notwendigen nationalen Selbstbehauptung ist. Hier haben aber nicht nur die Deutschen geirrt, sondern lange vor 1930 hat es dort, wo andere Völker Macht über die Deutschen hatten, auch an Exzessen gegenüber unseren Landsleuten nicht gefehlt.

Nur ein gemeinsamer, neuer, geläuterter Anfang kann uns nach diesen geschichtlichen Gegensätzen weiterhelfen.

Die Meinung, man schaffe Frieden, wenn man sich seiner Rechte entledigt und seine berechtigten Aufgaben preisgibt, setzen wir entgegen die Liebe auch zum eigenen Volk, ebenso die Achtung vor der Würde des Nachbarn und das ständige Bemühen um einen gerechten Ausgleich. Angesichts der vielen extremen Meinungen und radikalen Flügel tut uns bitter not die feste Mitte in einem selbstverständlichen, gesunden nüchternen und klaren Verhältnis zu Staat, Nation und Nachbarn!

... Wir lassen es uns nicht verbieten, mit friedlichen Mitteln zu versuchen, die Folgen von Faustrecht und Gewalt durch eine gesunde, erträgliche, gerechte Ordnung zu ersetzen.

Das natürliche und das positive Recht, aber auch das Völkerrecht, sind uns darum auch keine Zwirnsfäden, sondern unerläßliche Regeln des Zusammenlebens, die wir zu wahren verpflichtet sind und in deren Schutz wir uns begeben. Die für unser Volk politisch Verantwortlichen sollten gelernt haben, wie gefährlich es ist, Gewaltakte, eigene und fremde, zu legalisieren! ...

Absprachen und Verträge, die über die freie politische Entscheidung der besonders betroffenen Menschen und Gruppen hinweggehen oder sie gar ausklammern, haben schwerste Män-

gel! Sie haben weder Dauerhaftigkeit noch geschichtliche Bedeutung.

Wir werden solche Absprachen - auch über die Oder-Neiße-Linie - nicht anerkennen, wir werden ihre Geltung bestreiten und mit allen verfassungsmäßigen, im Rechtsstaat zulässigen Mitteln uns dagegen zur Wehr setzen!

Nur gerechte Abkommen und Verträge haben Bestand in der Geschichte und machen Geschichte! Annexionen mit Formeln zu heilen, widerspricht den Normen des Völkerrechts und daher auch dem Grundgesetz. Politisch beseitigen solche Formeln weder Mißtrauen noch Angst, sie schaffen kein Vertrauen und keine Glaubwürdigkeit, sondern sind Anlaß zu Auseinandersetzungen und Interventionen im passenden Augenblick. Sie sind also auch kein Ansatzpunkt zur wirklichen Entspannung. ...

Vielen in unserem Volk und bei unseren Nachbarn ist es auch zu wenig präsent, daß die Vertreibung vieler Millionen von Menschen keineswegs wesensnotwendig mit Annexion und Okkupation zusammenhängt, sondern daß sie ein zusätzlicher Bruch der Menschen- und Gruppenrechte und der gemeinsamen Völkerordnung ist. Menschen- und Gruppenrechte sind aber unabdingbar. Weder politische Mehrheiten noch Entscheidungen von Machthabern vermögen sie auszulöschen. Oft dauerte es lange Zeit, bis sie wieder hergestellt werden. ...<<

BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja (1914-1997) erinnerte am 1. August 1970 an "20 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (x155/195-196): >>... Einen dauerhaften Frieden und echtes Vertrauen kann man nicht mit kunstvollen Formeln, sondern nur durch einen gerechten Ausgleich stiften.

... Frieden ist noch nicht dort, wo die Menschen- und Gruppenrechte der Besiegten überrollt werden. Es hat vollends nichts mit Versöhnung und nichts mit Moral zu tun, wenn wegen der auch von uns nicht geleugneten, im deutschen Namen begangenen Grausamkeiten und den Taten nationaler Überheblichkeit konstant andererseits das vielfache Unrecht, das auch an Deutschen von anderen begangen wurde, verschwiegen, dafür aber die widerspruchslose Hinnahme des Unrechts der Vertreibung von Millionen Unschuldiger wegen der deutschen Untaten gefordert wird.

Wir rechnen nicht auf, können und dürfen es nicht. Aber wir werden uns gegen jede Verantwortung der Person zerstörende Kollektivschuldbegründung und gegen völkerrechtlich unhaltbare Bestrafungsthesen wenden.

... Kein normaler Mensch wird, statt die Gesundheit mit vernünftigen Mitteln anzustreben, Krankheit und Unordnung als eine dauernde Realität hinnehmen oder geradezu anpreisen. ...

Wir wiederholen mit Punkt 7 des Memorandums der Deutschen Bundesregierung vom 29.5.1953 an Präsident Eisenhower, einem Memorandum bei Beginn der Erörterungen über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland: "Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. ..."

Kurt Schumacher hat das wiederholt noch schärfer formuliert.

Unser Grundgesetz spricht in Art. 116 klar von Deutschland in den Grenzen von 1937, darauf gründen die Artikel 23 und viele andere Artikel des Grundgesetzes. ...<<